

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XIX/227

Karlsruhe
Schwarzwaldhalle,
27. November 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Der große Dreiklang	86

Freue - Leistung - Fortschritt

Zum Abschluß des 16. Parteitages der SPD in Karlsruhe

3	Blick nach Italien	40
---	--------------------	----

Von Professor Alberto Berporac

Mitglied des italienischen Parlaments und Stadtrat von Genue

Delegierter der Sozialistischen Partei Italiens

4	Rüfer gegen den Vortrag von Versailles	58
---	--	----

Zum Gedenken an Philipp Scheidemann

5	6	Christlicher Gewerkschaftsbund Frankreichs	86
---	---	--	----

Änderte seinen Namen

Bedeutende Veränderung im Gewerkschaftsleben unseres Nachbarlandes

Interview mit Albert Preuss, Vertreter des DGB in Paris

Der große Dreiklang

Treue - Leistung - Fortschritt

Zum Abschluß des 16. Parteitages der SPD in Karlsruhe

sp - Dieser SPD-Parteitag von Karlsruhe war mehr als ein "Kongress" im üblichen Sinne des Wortes; er war der Auftakt zur Mobilisierung aller guten Kräfte unseres Volkes, das ein anderes Schicksal verdient, als nur verwaltet zu werden. Hier wurde in Form und Aussage der Wille zum Durchbruch in eine bessere Zukunft sichtbar.

Als Willy Brandt in seiner Schlußrede mehrfach von dem großen Dreiklang sprach, der die Sozialdemokratische Partei besetzt, als er die sozialdemokratische Regierungsmannschaft vorstellte und die Grundzüge einer künftigen sozialdemokratischen Regierungspolitik verkündete, da war das nicht Deklamation oder Propaganda. Jeder in Saal spürte den Ernst und die Würde einer großen Stunde, die über den Tag hinauslebt, weil sie aus der Kraft unseres ganzen Volkes schöpfte.

Wer das erleben durfte, der weiß: Die deutsche Sozialdemokratie ist auf dem Weg nach vorn, sie strebt zur Regierungsverantwortung, weil sie gewiß ist, daß sie dank ihrer inneren Stärke und Aufgeschlossenheit für die großen Fragen unserer Zeit das gestalten kann, was andere wegen ihrer Zerrissenheit nicht gestalten könnten.

In sozialdemokratisch geführten Gemeinden, Städten und Ländern hat sich die SPD ein solides Fundament geschaffen. Darauf stützt sie ihre Zuversicht für den Ausgang der Bundestagswahl 1965.

Es war imponierend, als Männer wie Dr. Karl-August Zinn, Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen, Dr. Hans-Jochen Vogel, Oberbürgermeister der bayerischen Landeshauptstadt München, und Erwin Zerbe, Landrat des hessischen Zonengrenzkreises Bad Kersfeld, dieses Fundament demonstrativ darstellten.

Durch sie, die stellvertretend für ihre sozialdemokratischen Kollegen sprachen, wurde sichtbar, zu welchen Leistungen diese große Volkspartei fähig ist. Keine andere Partei in Deutschland kann gleiches von sich sagen. Warum? Weil die SPD keine Honorarpartei ist, sondern eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, die, auf jahrzehntelange Erfahrungen aufbauend, dem ganzen Volk dient. Sie sagten auch, wo sie der Schuh drückt und was die Menschen von einer fortschrittlichen Politik erwarten. Noch besteht kein Dreiklang zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, den tragenden Säulen eines demokratischen Staates.

Immer herzustellen, wird kennzeichnend sein für die Melodie der Arbeit in den kommenden Jahren. Bund, Länder und Gemeinden müssen miteinander verzahnt werden; sie alle müssen den ihnen gebührenden Platz im Staate erhalten. Nur so wird es möglich sein, die guten und die zur Verantwortung bereiten Kräfte unseres Volkes zur Entfaltung zu bringen.

Viele Begabungen in unseren Volke liegen brach, weil die bisherigen Regierungen es verabsäumt haben, sie auf den Plan zu rufen. Deswegen wird eine sozialdemokratische Bundesregierung jedem zur Verantwortung bereiten Bürger die Chance geben, seine Fähigkeiten in das große Werk der Erneuerung einzubringen. Das aber nicht nur zum Wohle unseres eigenen Volkes; wir müssen auch befähigt werden, im Zusammenklang mit anderen Völkern Menschheitsaufgaben zu dienen.

Ein weites Feld gilt es zu bestellen. Geist und Geld müssen mobilisiert werden zu einem Feldzug gegen die Zivilisationskrankheiten unserer Zeit.

Bei der Lösung der Bildungsprobleme darf es keine Beckmesserei geben. Familienpolitik und soziale Sicherheit, Eigentumspolitik und die Bekämpfung der Verkehrsnot müssen den Rang erhalten, den der Mensch im technischen Zeitalter zu seinem Schutz mit Recht fordern kann.

Die Sicherung des Friedens, die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes und die Stärkung des inneren Zusammenhaltes der deutschen Nation sind unveräußerliche Bestandteile des sozialdemokratischen Regierungsprogramms. Dazu gehört auch die praktische Politik der "kleinen Schritte", die nicht unterbleiben dürfen, soll auf uns nicht der Vorwurf lasten, wir würden zwar vieles wollen, aber wenig tun.

Die von Willy Brandt vorgestellte Regierungsmannschaft gibt die Gewissheit einer entschlossenen und zielstrebigem Regierungsführung. Jede Persönlichkeit in dieser Mannschaft ist durch ihre bisherigen Leistungen zu Führungsaufgaben in der Nation legitimiert. Sie werden vom Vertrauen einer Partei getragen, die sich schon seit ihrem Bestehen dem ganzen Volk verpflichtet fühlt. Diese Partei ist bereit, der deutschen Politik jene Impulse zu geben, deren sie bedarf. Allzuviel ist in der Vergangenheit versäumt worden. Die bisherigen Bundesregierungen haben sich damit begnügt, den Wohlstand, den unser Volk nach dem Zusammenbruch mit Fleiß und Energie schuf, schlecht und recht zu verwalten. Das muß anders werden, und Willy Brandt konnte sagen: "Wir haben nicht nur ein Programm, sondern wir haben auch eine Vision, wie dieses Land morgen aussehen soll".

In dem stolzen Bewußtsein, einer guten und großen Sache zu dienen, der die Zukunft gehört, sind die Delegierten des 16. Bundesparteitages der SPD in ihre Wirkungsstätten zurückgekehrt. Die harte und sachliche Arbeit in Karlsruhe wird Früchte tragen. Sie wird zu jenem großen Gespräch in unserem Volke führen, in dem sich die Kräfte der Erneuerung zusammenfinden.

Blick nach Italien

Von Professor Alberto Bemporad

Mitglied des italienischen Parlaments und Stadtrat von Genua

Delegierter der Sozialistischen Partei Italiens

Bei den am 22. und 23. November in fast ganz Italien durchgeführten Wahlen zu den Provinzial- und Gemeindeparlamenten haben die christlichen Demokraten leichte Verluste erlitten, während die Sozialdemokraten in bescheidenem Ausmaß Stimmen gewinnen konnten. Die Nenni-Sozialisten büßten erheblich an Terrain ein; die Kommunisten und Liberalen hatten einen geringen Stimmenzuwachs, der bei beiden Parteien allerdings unter einen Prozent liegt. Erhebliche Verluste erlitten dagegen alle rechtsradikalen Gruppen.

- * Politisch bedeutet dieses Ergebnis der Beweis dafür, daß
- * die Koalition zwischen den Christdemokraten und den Sozial-
- * demokraten durchaus als ein Stabilisierungsfaktor für die
- * italienische Demokratie gewertet werden kann.
- *
- * Dies ist umso erfreulicher, als die Regierung der linken
- * Mitte in der kurzen Zeit ihres Bestehens selbstverständ-
- * lich noch nicht in der Lage war, alle ihre bereits einge-
- * leiteten Reformen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens,
- * der Steuer- und Finanzpolitik sowie der Wohnungspolitik
- * zu verwirklichen.

Ohne Zweifel jedoch erkennen breite Bevölkerungsschichten schon jetzt an, daß die aus Sozialdemokraten und Christdemokraten bestehende Regierung durchaus in der Lage ist, die zahlreichen in Italien bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten zu überwinden.

Wir italienischen Sozialdemokraten beurteilen diese Entwicklung, wie sie durch das Wahlergebnis zum Ausdruck gekommen ist, als eine Bestätigung für die Richtigkeit unserer Vorstellungen. Wir haben unsere Position ganz offen und für jedermann verständlich dargestellt. Wenn die Nenni-Sozialisten (PSE) ebenfalls so verfahren würden, wäre in Italien der Weg für eine starke Sozialdemokratische Partei frei. Eine solche Sozialdemokratische Partei könnte ein wichtiges Glied im brüderlichen Kreis der Parteien der Sozialistischen Internationale sein.

Wir italienischen Sozialdemokraten haben in Karlsruhe beim Parteitag der SPD mit Freude und Genugtuung feststellen können, daß die Deutsche Sozialdemokratie ein Programm des demokratischen Sozialismus von überzeugender Klarheit vertritt. Wir sind des Erfolges unserer deutschen Freunde sicher und wünschen ihnen im Interesse des deutschen Volkes, aber auch im Interesse der Zusammenarbeit der freien Völker und des Weltfriedens, daß es ihnen gelingen möge, ihr Programm in einer zukünftigen deutschen Regierung zu verwirklichen.

Rufer gegen den Vertrag von Versailles

Zum Gedenken an Philipp Scheidemann

sp - Vor 25 Jahren, am 29. November 1939, schloß einer der hervorragenden Männer der deutschen Parlamentsgeschichte für immer die Augen: Philipp Scheidemann. Er wurde im Juli 1865 in Kassel geboren, begann seine berufliche Laufbahn als Schriftsetzer und trat noch vor Beginn seiner Wanderschaft der Sozialdemokratischen Partei bei. Nach seiner Rückkehr und nach mancherlei bitteren Erfahrungen durch das Sozialistengesetz wurde Scheidemann Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung. Giessen, Nürnberg, Offenbach und Kassel sind Stationen seiner redaktionellen Arbeit. 1911 wurde Philipp Scheidemann Mitglied des Parteivorstandes der SPD und als Vertreter des Wahlkreises Solinger 1903 in den Reichstag gewählt. Dort führte er häufig die Klinge der Fraktion, besonders in den Etatdebatten. Es wird berichtet, daß die Wortmeldung Scheidemanns genügte, um den Saal zu füllen.

An 15. Mai 1917 hielt Scheidemann im Reichstag eine berühmt gewordene Rede. Er forderte die Rechte auf, endlich Schluß zu machen mit dem Völkermorden, der Verwüstung Europas und der Illusion, daß der Krieg einen Gewinn bringen könne. Scheidemanns Gegner sprachen damals von einem "Scheidemann-Frieder". Aderthalb Jahre später hätten sie sich glücklich gepriesen, einen "Scheidemann-Frieder" zu bekommen. Der Versailler Frieden, den Deutschland bekam, war härter.

Im November 1918, in den Tagen der Revolution, machte Philipp Scheidemann Geschichte. Von einem Fenster des Reichstages aus sprach er zu der unüberschaubaren Menge, die sich vor dem Parlamentsgebäude versammelt hatte. Er riß die Menschen mit.

Scheidemann wurde später Mitglied des Rates der Volksbeauftragten und amtierte vom Februar bis Juli 1919 als Ministerpräsident der ersten parlamentarischen Regierung der neuen Republik.

Der 12. Mai 1919 war der Tag einer anderen Rede, die berühmt wurde. "Ich frage Sie", so rief Scheidemann aus, "wer kann als ehrlicher Mann, ich will gar nicht sagen, als Deutscher, solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?"

Scheidemann gehörte dem Reichstag bis 1933 an, konzentrierte sich dort allerdings mehr auf die Kommunalpolitik, die er als Oberbürgermeister von Kassel praktizierte. - Scheidemanns Verdienste bewahrten ihn nicht vor der Ausbürgerung durch Hitler. Er mußte sein Vaterland verlassen und starb fern von der Heimat im Exil.

Christlicher Gewerkschaftsbund Frankreichs änderte seinen NamenBedeutsame Veränderung im Gewerkschaftsleben unseres Nachbarlandes
Interview mit Albert Preuss, Vertreter des DGB in Paris

Albert P r e u s s, seit 1950 Vertreter des DGB in Frankreich, mit dem Sitz in Paris, besucht auch in diesem Jahr wieder als gern gesehener Gast den Parteitag der SPD; die genaue Kenntnis der französischen Gewerkschaftsbewegung gehört zu den Voraussetzungen seiner verantwortungsvollen Arbeit in unserem Nachbarland. Seit Jahren betreut Albert Preuss nicht nur die in Frankreich lebenden deutschen Arbeiter, sondern auch zahlreiche Deutsche, die mit Hilfe der Gewerkschaften Schutz und Beistand in arbeitsrechtlichen oder persönlichen Angelegenheiten suchen. Außerdem obliegt Albert Preuss die ständige Kontaktpflege zwischen den freien Gewerkschaften in Deutschland und Frankreich. - Ein interessantes Ereignis in der französischen Gewerkschaftsbewegung - die Spaltung des Christlichen Gewerkschaftsbundes Frankreichs - veranlaßte uns, Albert Preuss um einige Erläuterungen zu bitten.

Die Redaktion

* *

Frage: Vor etwa 14 Tagen fand der Außerordentliche Kongreß des Christlichen Gewerkschaftsbundes Frankreichs in Paris statt. Der einzige Tagesordnungspunkt war die Frage, ob der Christliche Gewerkschaftsbund seinen Namen ändern solle oder nicht. Der Kongreß hat sich für die Namenänderung entschieden; das Wort "Christlich" wurde von der Mehrheit abgelehnt. Der Gewerkschaftsbund nennt sich jetzt "Französisch-demokratischer Bund der Arbeit". Können Sie uns sagen, Herr Preuss, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist?

Antwort: Der Christliche Gewerkschaftsbund Frankreichs wurde kurz nach dem ersten Weltkrieg gegründet. Bis 1946 spielte er keine große Rolle. Bei der in diesem Jahre vollzogenen zweiten Wiedervereinigung der Kommunistischen und Freien Gewerkschaften entschied sich der Teil der französischen Arbeitnehmer, der nicht einer unter Vorherrschaft der KP stehenden Gewerkschaft beitreten wollte, dem Christlichen Gewerkschaftsbund anzuschließen. In den darauffolgenden Jahren stießen außerdem sehr viele dynamische junge Kräfte zu dieser Gewerkschaftsbewegung. Bereits seit einigen Jahren spielt die Frage der Lösung von katholisch-kirchlichen Bindungen auf dem Kongreß eine große Rolle. Auf dem Außerordentlichen Kongreß im Juli 1963 sollte diese Frage bereits beantwortet werden.

Frage: Sie sprechen von einer engen Bindung zur Katholischen Kirche - bedeutet dies, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung in Frankreich bewußt nur in enger Zusammenarbeit mit der Katholischen Kirche Gewerkschaftspolitik machen wollte oder handelte es sich mehr um eine Bindung, die sich aus konfessioneller Zugehörigkeit der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder ergeben hatte?

Antwort: Ursprünglich war b e i d e s der Fall. Nach dem zweiten Weltkrieg allerdings kam sehr deutlich zum Ausdruck, daß die christlichen Gewerkschaften ihre Existenzberechtigung aus dem immer stärker werdenden Einfluß der Kommunisten im Allgemeinen Gewerkschaftsbund (CGT) herleiteten.

Frage: Haben die christlichen Gewerkschaften auf diese Weise einen nennenswerten Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich nehmen können?

Antwort: Ohne Zweifel. Zusammen mit der ebenfalls von den Kommunisten im Jahre 1947 getrennten "Force Ouvrière" war es ihnen gelungen, in großen Wirtschaftszweigen Frankreichs den kommunistischen Einfluß zurückzudrängen. Den jungen dynamischen Kräften innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung gelang es, die ehemalige christliche Gewerkschaftsbewegung zur zweitgrößten Gewerkschaftsbewegung Frankreichs zu machen. Das drückt sich besonders in den Ergebnissen der Wahlen zu den Betriebskomitees, Betriebsräten und den Wahlen zu den sozialen Körperschaften aus.

Frage: Nachdem nun der Christliche Gewerkschaftstund seinen Namen geändert und damit auch seine früher engen Bindungen zu kirchlichen Institutionen gelockert hat, ergibt sich doch wohl in Frankreich eine völlig neue Situation in der Gewerkschaftsbewegung. Bedeutet dies eine Schwächung oder eine Stärkung des nichtkommunistischen Flügels der gesamten französischen Gewerkschaftsbewegung?

Antwort: Das läßt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Mit der Namensänderung geht auch eine Neuorientierung der christlichen Gewerkschaftsbewegung vor sich. Mit sehr viel Mut hat sich die Übergroße Mehrzahl der mehr als 2500 Delegierten des Außerordentlichen Kongresses für die Ziele des demokratischen Sozialismus und als Nahziel für die Wiederherstellung und Stärkung der französischen Demokratie erklärt.

Frage: Wird der nunmehr existierende "Französisch-demokratische Bund der Arbeit" im öffentlichen Leben Frankreichs auch als eine unabhängige demokratische politische Kraft in Erscheinung treten, oder sucht er ausschließlich im sozialen Bereich sein Wirkungsfeld?

Antwort: Bereits in den letzten Jahren hat die Mehrheit der führenden Männer sich nicht gescheut, zu lebenswichtigen Fragen des ganzen Volkes Stellung zu nehmen. Es ist also damit zu rechnen, daß dies auch in verstärkter Maße in Zukunft geschehen wird. Über Frankreich hinaus wird ihre Aktivität wie in der Vergangenheit auch der Schaffung eines integrierten Europa gelten.

Frage: Ist damit zu rechnen, daß die auf dem Außerordentlichen Kongreß in der Minderheit gebliebenen christlichen Gewerkschaftler Tessier und Sauty auch weiterhin eine betont christliche Gewerkschaftsbewegung am Leben erhalten wollen und, wenn ja, welche Chancen hätte ein solcher Versuch?

Antwort: Schon eine Woche nach dem Kongreß haben die zwei genannten christlichen Gewerkschaftsführer einen Teil der Minderheit zusammengerufen und die Fortführung der christlichen Gewerkschaftsbewegung erklärt. Tessier ist der Sekretär der Angestelltengewerkschaft der Pariser Region und Sauty der Führer der christlichen französischen Bergarbeiter. Zunächst scheint es so zu sein, daß sie eine bedeutungslose Minderheit bleiben werden. Auf einer Reihe von Kongressen auf der Ebene der Industriegewerkschaften oder der Regionalorganisationen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, ist in den Mehrheitsbeschlüssen zum Ausdruck gekommen, daß die Namensänderung und Neuorientierung akzeptiert wird. Bedeutungsvoll ist dabei der Beschluß der christlichen Gewerkschaftsorganisationen von Elsaß-Lothringen, die sich ebenfalls mit großer Mehrheit hinter den Beschluß des Außerordentlichen Kongresses gestellt haben.